



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln. Und ich darf wohl behaupten, daß ich manches Mißverständnis aufgeklärt und manches Schlimme verhindert habe. Es würde mehr Blut zum Himmel schreien, wenn ich mit meinen Kenntnissen nicht jederzeit für die Gerechtigkeit eingetreten wäre. Lefebvre, in dem ich einen Gönner, ja ich darf wohl sagen: einen Freund verehere, ist übrigens kein Unmensch. Er haßt alles nutzlose Blutvergießen und schätzt die Segnungen der Kultur. Er hat mir sogar versprochen, meine Ode zu lesen, sobald wir erst wieder Frieden haben werden.

Pancratius folgte den Worten seines Jugendfreundes nur mit halbem Ohr. So sehr ihn das Wiedersehen freute, so sehr ernüchterte ihn der Gedanke, daß die historische Antwort auf die historische Frage nun eine so einfache und höchst prosaische Erklärung gefunden hatte. Er begann ernstlich an seiner großen Mission zu zweifeln. Ihm war, als habe ihn das Schicksal gründlich zum Narren gehabt.

Der Flachskopf zog sein Messer hervor und trennte die Schnur ab, mit der das Polster des Sorgenstuhls eingefast war.

Und nun, lieber Pancratius, sagte er mit großer Gemütsruhe, hast du wohl die Freundlichkeit, dich fesseln zu lassen. Du bist mein Gefangener. Sei vernünftig und leiste keinen Widerstand. Sieh, Leutnant Saint-Lambert hat geschworen, dich künftigen zu lassen, falls du dich auch nur im geringsten widersetzen solltest. Und damit kann dir doch nicht gedient sein. Nehme ich dich gefangen, so kann ich meinen Einfluß bei Lefebvre zu deinen Gunsten geltend machen. Und dann, Pancratius, wäre die Sache auch für mich von großem Nutzen. Eine solche That würde Aufsehen erregen. Man würde mich zum Hauptquartier versetzen. Und dann, das kannst du mir glauben, würde der Krieg bald beendet sein. Ich würde eine friedliche Auseinandersetzung zwischen Frankreich und den Verbündeten anbahnen.

Und während er das alles sagte, sah das arme Männchen den Riesen so bittend an, daß dieser ihm ruhig seine Hände zur Fesselung darbot. Es war ein Anblick für Götter, als der gewaltige Mann, von einem Zwerge an einer Polsterschnur geführt, die Treppe hinabstieg. Drunten auf dem Vorsaale stieß das seltsame Paar auf den Leutnant. Dieser prallte zurück, als Pancratius in seiner ganzen Größe vor ihm stand. Für so groß hätte er den Gegner nie gehalten. Der Vorsicht halber rief er zwei der stärksten Soldaten herbei und ließ sie den Gefesselten ins Backhaus führen. Aber Martinchen protestierte hiergegen auf das entschiedenste.

Dieser Mann ist mein Gefangener, Bürger Saint-Lambert, sagte er, ich habe mich seiner bemächtigt, ich werde ihn auch zu bewachen wissen.

Und während Pancratius dem Backhause zuschritt, wandte sich der Kleine hinter dem Rücken des Gefangenen um und machte dem Offizier bedeutsame Zeichen, unter denen ein mehrmaliges Betupfen der Stirn das verständlichste war. Saint-Lambert nickte und gab den Soldaten den Befehl, sich von außen vor die Thür des Backhauses zu stellen und den Verrückten scharf zu bewachen. Zugleich sandte er einen Boten nach Andernach, um sich von seinem Vorgesetzten Instruktion zu erbitten, wie in diesem speziellen Falle mit dem Gefangenen zu verfahren sei.

(Schluß folgt)

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Grenzboten als „Offiziöse.“ Nach mehr als vier Wochen, erst in der Nummer vom 28. Mai, haben die Hamburger Nachrichten eine Erwiderung auf unsern Artikel über die englische Politik des Fürsten Bismarck vom 25. April Grenzboten II 1901

gebracht. Wohl mit Recht folgert daraus die Boffische Zeitung, daß diese Äußerung aus Friedrichsruh, vom Fürsten Herbert Bismarck stamme, und die ganz besondere Schärfe, mit der sich der Verfasser gegen einige Nachrichten der Tagesblätter von Moritz Busch über die Londoner Sendung Graf Herberts 1885 wendet, von der sonst niemand etwas näheres wissen kann, bestätigen diese naheliegende Vermutung. Wir konstatieren mit um so größerem Vergnügen, daß der Artikel außer dieser „Berichtigung“ gegen den unrigen sachlich nichts, auch gar nichts vorzubringen weiß, daß er vielmehr seine Ausführungen über die fortdauernden Bemühungen des großen Kanzlers, mit England in gutem Einvernehmen zu bleiben, lediglich bestätigt, ganz natürlich, denn unsere Quellen waren die Äußerungen Bismarcks selbst. Entschiedne Verwahrung aber müssen wir dagegen jetzt wie früher einlegen, daß die Grenzboten, wie die Hamburger Nachrichten mehrmals andeuten, „offiziös“ seien und also „in blindem Eifer“ vorgingen und „grobe Geschichtsfälschungen“ wagten. Inwieweit diese beiden Eigentümlichkeiten mit dem Offiziosentum verbunden sind, wissen die Hamburger Nachrichten jedenfalls am besten. Und wie sonderbar nimmt sich der Vorwurf im Munde der modernsten geschwornen Anhänger Bismarcks aus, der doch wahrhaftig die offiziöse Presse zu handhaben wußte wie kein zweiter! Nun, die Grenzboten sind weder offiziös, noch halten sie jeden Offiziosus von vornherein für einen Schwachkopf, Geschichtsfälscher, blinden Eiferer u. dgl. mehr; sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Regierung das Recht und die Pflicht, ihren Standpunkt in der Presse zu vertreten, mindestens ebenso gut habe, wie Parteihäuptlinge oder Staatsmänner a. D., und sie rechnen es sich zur Ehre an, die Regierung gegen deren Angriffe zu unterstützen und zu vertreten, wo sie es nach ihrer Kenntnis der Dinge für notwendig und gerechtfertigt halten, freiwillig, unabhängig, freimütig. Ihr selbständiges Urteil lassen sie sich durch niemand beschränken, und sie meinen, daß Fürst Herbert Bismarck zwar über die Vergangenheit mannigfach besser unterrichtet sein mag als andre, weil er der Gehilfe seines großen Vaters war, daß er aber über die gegenwärtige Politik nicht wesentlich mehr weiß als jeder andre, dem die Akten verschlossen sind. Auch glauben sie nicht, daß ihre Mitarbeiter unter die „ahnungslosen Schreiber“ zählen, „die nicht das erste Wort von der Schwierigkeit einer guten auswärtigen Politik verstehen,“ unter „die Deutschen, die so thun, als handle es sich bei den kompliziertesten Sachlagen immer nur um zwei Möglichkeiten, »hie englisch, hie russisch,« während die Kunst, die Fürst Bismarck so erfolgreich während achtundzwanzig Jahren und durch drei schwere Kriege geübt hat, darin bestand, sich bei Festhaltung mehrerer Trümpe nicht in die Karten sehen zu lassen.“ Gerade die Grenzboten haben sich immer bestrebt, gegenüber dem oft so urteilslosen Gerede der Tagesblätter die Schwierigkeiten unsrer Lage und also unsrer auswärtigen Politik zu verstehen und andern begreiflich zu machen; sie haben immer vor leichtfertigem Aburteilen gewarnt, von welcher Seite es auch kam, und sie haben niemals das aut-aut Englisch oder Russisch anerkannt, sondern immer betont, daß die deutsche Politik weder englisch noch russisch sein dürfe, noch irgend etwas anderes als deutsch, und sie finden, daß sie das gegenwärtig gerade so gut ist wie früher; sie wissen darum auch nicht, womit die Hamburger Nachrichten ihren Schlusssatz rechtfertigen wollen, daß unsere auswärtige Politik jetzt nicht mehr das Vertrauen aller großen Kabinette wie früher genieße. Übrigens hat sich die deutsche Politik auch früher bald hier bald dort des allergrößten Mißtrauens erfreut, und es wäre kein Wunder und auch kein Vorwurf für sie, wenn das jetzt wieder hier und da der Fall sein sollte, nämlich dort, wo man uns die energische Wahrnehmung unsrer neuen Interessen verdenkt und uns nicht verzeihen kann, daß wir uns die Freiheit nehmen, als Großmacht und als Weltmacht zu existieren. Daran wird auch der genialste Staatsmann nichts ändern.

So fällt der ganze Artikel, soweit er auf die Grenzboten gemünzt ist, haltlos in sich zusammen. Nicht stichhaltiger ist das, was er über den Charakter der Tage-

buchblätter „des unzuverlässigen Parasiten Busch“ zu bringen für gut hält. Es ist mehr als naiv zu sagen: „Wir haben schon im Jahre 1898 in Gemeinschaft mit andern großen Zeitungen auf die vielen Irrtümer und Fälschungen in Buschs sogenanntem Tagebuche und dessen Wertlosigkeit als Geschichtsquelle hingewiesen.“ Erstens ist dieser Beweis niemals geführt worden, auch nicht in dem ebenso anspruchsvollen wie oberflächlichen Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 13. Oktober 1898, und zweitens kam und kommt es gar nicht darauf an, was „ahnungslose Schreiber“ der Tagespresse, die „nicht das erste Wort“ von historischer Kritik verstehen, darüber denken, sondern was die ernsthafteste Geschichtsforschung darüber urteilt, sie mag vom Charakter des Verfassers halten, was sie will, und davon scheint der Urheber des Artikels nicht das mindeste zu wissen. Ja er hat so wenig eine Ahnung von der schon aufgewandten großen kritischen Arbeit, daß er die Ermahnung für nötig hält: „Ernsthafteste Historiker sollten Buschs Behauptungen nur dann für richtig hinnehmen, wenn sie sich durch anderweite Publikationen bestätigt finden.“ Um diesem Mangel an Kenntnis abzuwehren weisen wir ihn auf die Anmerkungen der deutschen Ausgabe hin und führen die Urteile zweier Historiker an, deren Autorität in diesen Fragen auch er nicht bezweifeln wird. Felix Meinecke faßt im neusten Heft der Historischen Zeitschrift das Ergebnis der bisherigen wissenschaftlichen Kritik des vielgeschmähten Buchs in die Worte zusammen: „Es trägt, darin sind sie (die Kritiker) einig, die echten Züge Bismarckschen Wesens.“ Erich Marcks aber sagt (Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, 1899) von Busch Seite 10: „ein Beobachter von unzweifelhafter Schärfe und Treue des Blickes und des Gedächtnisses, von erstaunlicher Arbeitskraft in der raschen schriftlichen Festhaltung seiner Eindrücke und von ganz erheblicher Fähigkeit in ihrer Wiedergabe“; Seite 14: „Im ganzen erweisen sich da, wo wir das meiste Kontrollmaterial besitzen, die Erzählungen Buschs als geradezu auffallend zuverlässig“; Seite 17: „Ich kann die Aufzeichnungen Buschs nur als kostbare Zeugnisse bezeichnen, die — unsre Anschauung durch eine Fülle frappanter Augenblicksbilder bereichern und beleben. — Unter den Bismarckquellen, die wir bis jetzt besitzen, ist, wenigstens für die siebziger und achtziger Jahre, keine, die so viel persönliches Leben ausströmte, wie diese.“

Wir haben zahlreiche Berichte anderer über Äußerungen Bismarcks; warum ist es denn einer gewissen Presse niemals beigegeben, an diese den strengsten Maßstab der Zuverlässigkeit zu legen, die doch bei vielen ohne Zweifel viel geringer ist? Warum ist sie nur über Busch so unbarmherzig hergefallen und hat sozusagen an ihm kein gutes Haar gelassen? Der Ursprung davon liegt gar nicht wesentlich im Charakter des Autors, der ja manchen unsympathischen Zug haben mag, sondern vielmehr einerseits in dem Befremden ehrlicher Bewunderer des großen Staatsmanns, die von manchem, was Busch von ihm in seiner ungeschminkten Weise berichtet, peinlich berührt wurden, andererseits in dem Ärger einiger hochstehender Persönlichkeiten, die bei Busch „schlecht wegkommen.“ Sie empfanden deshalb und empfinden, wie es scheint, noch immer beide das Bedürfnis, die Glaubwürdigkeit der Tagebuchblätter im allgemeinen herabzusetzen. Beide vergessen dabei, daß der Kern des Buchs unter Fürst Bismarcks thätiger Beihilfe, die bis zum Lesen der Korrekturbogen ging, entstanden ist, und daß, wenn man Busch für einen Lumpen und „Parasiten“ hält, man damit auch den Fürsten für einen sehr schlechten Menschenkenner oder für etwas Schlimmeres erklärt. Beide Quellen der Kritik oder vielmehr der Beurteilung der Tagebuchblätter sind vom historischen Standpunkt aus, der in der Beurteilung Bismarcks natürlich mehr und mehr zur Geltung kommt, gleich unberechtigt. „Wer nicht mit männlicher Gelassenheit, sagt Erich Marcks Seite 17, mit offenem Blick für alles Menschliche die Wirklichkeit dieses Wesens anzuschauen vermag, wer sich ihren Härten nur schwächlich zu entziehen oder sie (nur) feindselig auszubeuten weiß, der kommt für ehrliche historische Betrachtung überhaupt

nicht in Betracht, mag er nun Bismarcks Gegner sein oder sich für seinen Freund und Bewunderer halten.“ Gewiß, jede echte Größe wächst mit ihrer Kenntnis.

Mit den Hamburger Nachrichten wären wir also wieder einmal fertig. Wir sind besonders deshalb auf den an sich unbedeutenden Artikel näher eingegangen, weil er ein neuer, allerdings schwächlicher Versuch ist, den großen Toten gegen die Lebenden auszuspielen, an die jetzige Reichspolitik den Maßstab der Vergangenheit zu legen. Am nächsten Sonntag, am 16. Juni, soll das Nationaldenkmal des Fürsten Bismarck in Berlin im Beisein des Kaisers enthüllt werden. Es ist der dreißigste Jahrestag des unvergeßlichen Triumpheinzugs unsers siegreich heimkehrenden Heeres in der Reichshauptstadt, des 16. Juni 1871, und mit Bedacht ist offenbar dieser Erinnerungstag gewählt worden. Wer hätte damals, als Fürst Bismarck zwischen Moltke und Roon hinter dem glorreichen Kaiser einherrscht, umbraust vom Jubel der Tausende, daran denken können und wollen, daß sein hoher Name, statt eines Symbols der Einheit, zum Schlachtruf der Zwietracht gerade unter deutschen Patrioten werden würde, weil ein kleiner Kreis das ausschließliche Recht des Verstandnisses und der Bewunderung für sich monopolisierte, und weil weitere Kreise ihn mißbrauchten und missbrauchten, um gegen die Politik des Entfels und Erben Mißtrauen zu säen, des einzigen, der die Erbschaft Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks übernehmen konnte und durfte, und der sie gerade deshalb im rechten Sinne verwaltet, weil er die Nation über ihre Grenzen hinausführt. Wenn die Reden und die Zeitungsartikel, die diesem Tage gelten werden, nicht dazu beitragen, diese Erkenntnis zu erwecken und zu stärken, wenn nicht der Geist der großen Zeit, der Geist der Eintracht und der freudigen Hingebung an das große Ganze und sein berufnes Oberhaupt wieder lebendig wird an diesem großen Tage und an allen folgenden, dann sind die schönen Worte in den Wind gesprochen. \*

Aus der landwirtschaftlichen Statistik. Die kürzlich veröffentlichte Statistik der Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen 1899 ergänzt in erfreulicher Weise das günstige Bild, das die jedenfalls zu den bedeutendsten und zuverlässigsten Symptomen gehörenden Substationen bisher vom Verlauf der Agrarkrisis gegeben haben. Abgesehen von den Fällen der Auseinanderetzung und Erbteilung, denen eine symptomatische Bedeutung in diesem Sinne kaum beizumessen ist, stellten sich seit 1886, wo sie zum erstenmal erhoben wurden, die Zwangsversteigerungen der von Landwirten im Hauptberuf bewirtschafteten Besitzungen in Preußen nach Zahl und Fläche, wie folgt:

	Zahl	Fläche		Zahl	Fläche		Zahl	Fläche
1886	2979	110 063 ha	1891	1536	62 351 ha	1896	1517	64 107 ha
1887	2355	81 681 "	1892	2299	89 266 "	1897	1591	47 782 "
1888	2446	81 280 "	1893	1998	69 327 "	1898	1411	32 727 "
1889	2014	62 801 "	1894	1566	60 287 "	1899	1210	37 757 "
1890	2220	55 310 "	1895	1834	67 259 "			

Nachdem von 1886 bis 1891 ein ziemlich allgemeiner Rückgang der Zahl wie der Fläche erfolgt war, trat 1892 eine starke Zunahme ein, ohne daß jedoch der Stand von 1886 wieder erreicht wurde. Von 1893 beginnt eine neue Periode der Abnahme, die in den beiden letzten Berichtsjahren 1898 und 1899 weit unter den günstigsten Stand vor 1892 hinunter gegangen ist. Wenn die versteigerte Fläche im Jahre 1899 gegen das Vorjahr zugenommen hat, so hat das in der mehr oder weniger zufällig in dieses Jahr fallenden Versteigerung einiger großen Güter seinen Grund und kann, so bedauerlich es an sich ist, den sehr günstigen Eindruck des Gesamtbilds nicht stören. Jedenfalls mahnen die Zahlen in der Beurteilung der Folgen der sogenannten Caprivischen Handelsverträge für die Landwirte zur äußersten Vorsicht. Gätten sie wirklich in dem Maße, wie das von agrarischer Seite behauptet wird, die Existenzbedingungen unsrer Landwirtschaft ruiniert, so könnten sich, daran ist nicht mehr zu zweifeln, die Zahlen der Substationsstatistik

nicht so, wie es geschehn ist, bewegt haben, sie müßten ungünstiger statt günstiger geworden sein. Könnte bei Beginn der neuen Rückwärtsbewegung vielleicht noch auf die Möglichkeit hingewiesen werden, daß die Zwangsversteigerungen deshalb abnähmen, weil die Gläubiger dabei ihr Geld zu verlieren fürchten müßten, daß also die Abnahme nicht als ein Zeichen zunehmender Gefundung, sondern zunehmenden Notstands aufzufassen sei, so hat eine solche Behauptung angesichts der fort-dauernden Besserung des statistischen Bildes denn doch absolut keinen Sinn mehr. Der unbefangene und ehrlich urteilende Beobachter muß nach der Subhastationsstatistik seit 1892 die Behauptung von der durch die laufenden Handelsverträge heraufbeschwornen Gefahr eines mehr oder weniger allgemeinen Bankrotts der preussischen Landwirte als agrarisches Märchen anerkennen, dessen Tendenz auf der Hand liegt und Leuten und Parteien, die sich konservativ nennen, am allerwenigsten ansteht.

Von der versteigerten Fläche kamen auf die Betriebsgrößenklassen:

		unter 2 ha	2 bis 5 ha	5 bis 20 ha	20 bis 50 ha	50 bis 100 ha	100 bis 200 ha	200 und mehr ha
1895	Prozent	0,68	2,17	8,31	10,68	9,87	10,73	57,56
1896	"	0,63	1,75	7,72	10,26	9,21	5,98	64,46
1897	"	0,81	2,41	11,47	14,42	13,07	14,49	43,34
1898	"	1,05	3,17	14,70	19,21	16,10	14,56	31,22
1899	"	0,74	2,26	10,90	14,13	15,16	12,14	44,68

Während es in den Jahren 1896 bis 1898 den Anschein hatte, als ob der Anteil der kleinen und der mittlern Betriebe an der versteigerten Fläche zunähme, während der der Großbetriebe zurückginge, weist das Jahr 1899 wieder in allen Größenklassen unter 200 Hektaren eine Abnahme und nur bei den Großbetrieben mit 200 und mehr Hektaren eine Zunahme auf. Wollte man aus den Zahlen von 1896 bis 1898 schon auf einen rapiden Verfall der „bäuerlichen“ Wirtschaft schließen, so wird man jetzt gut thun, auch in dieser Beziehung etwas vorsichtiger zu sein. Es ist ja eine überaus zugkräftige Devise, wenn die Agrardemagogie „Alles für die Bauern!“ auf ihre Fahnen schreibt. Sie hat den Agrariern die parlamentarische Mehrheit verschafft, die sie jetzt so rücksichtslos, sogar gegen die Krone, zu gebrauchen wissen. Aber die Behauptung vom Bankrott der Bauern durch die Handelsverträge ist eher noch verlogner als die vom Bankrott der Großbetriebe, und soweit wir die Bauernschaft in Altpreußen kennen, bekommt sie es allgemach herzlich satt, sich bankrott zu stellen. Die Herren Agrarier sollten sich hüten, in dieser Beziehung den Bogen zu überspannen; unsre Bauern werden nicht mehr lange mitmachen. Wenn die Herren Landräte und Regierungspräsidenten schon früher offen gegen agrarische Unmaßungen und Übertreibungen Front gemacht hätten, dann könnte sich die Krone schon heute wieder auf die preussischen Bauern verlassen.

Eine Übersicht über die Lage in den östlichen Provinzen einerseits und den westlichen andererseits geben folgende Zahlen. Es kamen in ihnen zur Zwangsversteigerung:

Provinz	Osten				Westen				
	Zahl		Fläche in ha		Provinz	Zahl		Fläche in ha	
	1899	gegen 1898	1899	gegen 1898		1899	gegen 1898	1899	gegen 1898
Ostpreußen	251	+ 2	10 493	+ 3482	Sachsen	75	+ 1	1242	+ 33
Westpreußen	78	— 15	5 386	+ 977	Schl.-Holstein	61	— 12	2048	+ 203
Berlin	—	+ 0	—	+ 0	Hannover	44	— 6	568	— 302
Brandenburg	119	— 27	3 852	— 50	Westfalen	31	— 17	298	— 274
Pommern	55	— 10	4 677	+ 2388	Hessen-Nassau	50	— 9	351	+ 80
Posen	64	— 23	1 673	— 1176	Rheinland	48	— 19	327	+ 88
Schlesien	329	— 66	6 819	— 385	Hohenzollern	5	+ 0	23	— 33
zusammen	896	— 130	32 900	+ 5230	zusammen	314	— 62	4857	— 200

Danach steht der Westen immer noch sehr viel günstiger da als der Osten, was man auch von agrarischer Seite seit Jahren zu bestreiten oder doch zu vertuschen sich bemüht, um nur ja die Solidarität der ganzen Landwirtschaft mit den Interessen des ostelbischen Großbetriebs aufrecht zu erhalten. Jedenfalls ist es sehr erfreulich, daß auch im Osten die Zahl der Versteigerungen eine so starke Abnahme und nur in einer Provinz eine Zunahme um zwei Fälle erfahren hat. Im Westen weist nur Sachsen, das doch halb und halb noch zum Osten gehört, eine Zunahme, und zwar nur um einen Fall auf.

So wenig die Herabsetzung der Getreidezölle durch die Caprivischen Handelsverträge den Bankrott der Landwirte beschleunigt hat, so wenig würde ihn, wenn er drohte, eine Erhöhung dieser Zölle in dem Maße, wie sie überhaupt denkbar ist, ohne das Gesamtwohl unerträglich im Sonderinteresse der Landwirtschaft zu beeinträchtigen, jezt abwenden können. Es ist reine Illusion, den Zöllen diese Wirksamkeit zuzuschreiben, zumal in Bezug auf die Masse der Bauernbetriebe. Wohl aber wird immer ein rapider Preisfall Einfluß auf die Substitutionszahl haben können, wie dies vielleicht auch 1892 der Fall gewesen ist, wo der Zoll für die Tonne um 15 Mark herabgesetzt wurde, der Preis aber um 90 Mark (Weizen wie Roggen) abfiel. Sehr stark, ja vielfach ausschlaggebend hat damals übrigens die Futternot mitgewirkt, die in weiten Teilen Deutschlands gerade die Bauernwirtschaften außerordentlich schwer traf.

Leider wird das Jahr 1901 ein neues, noch ärgeres Notjahr werden infolge der Vernichtung namentlich des Winterweizens und des Winterroggens im größten Teil des Reichs durch Frost. Hier stehen wir vor einem Notstand schlimmster Art, dessen ruinösen Wirkungen vorzubeugen eine dringende Aufgabe der Regierungen ist. In ganz Deutschland haben nach den kürzlich vom Kaiserlichen Statistischen Amt ausgegebenen Nachrichten über den Saatenstand um die Mitte des Monats Mai 1901 38,1 Prozent der mit Winterweizen und 9,0 Prozent der mit Winterroggen bebauten Fläche umgepflügt werden müssen. Um eine Vorstellung des Schadens zu geben, sei daran erinnert, daß 1900 an Winterweizen 3 153 566 Tonnen und an Winterroggen 8 745 051 Tonnen geerntet wurden. Der Winterspelz kommt nur in Süddeutschland in Betracht. Von ihm wurden 1900 im ganzen 476 095 Tonnen geerntet, wovon auf Hohenzollern 17 666, auf Bayern 125 498, auf Württemberg 210 572, auf Baden 102 336 und auf Hessen 6329 Tonnen kamen. Davon sind 1901 überhaupt nur 0,9 Prozent ausgewintert, und zwar in Bayern 0,4, in Württemberg 1,1, in Baden 1,0 und in Hessen 1,7. Beim Spelz ist also von einem Notjahr nicht zu reden. Erwähnt sei hier auch gleich, daß vom Klee im Reich 10,8 und von der Luzerne 9,4 Prozent haben umgepflügt werden müssen, Prozentsätze, die z. B. im Regierungsbezirk Marienwerder mit 52,5 und 42,6, in Bromberg mit 45,1 und 34,0 und noch in zahlreichen andern Gebietsteilen arge Futternot bedeuten. Im ganzen sind 726 400 Hektar Winterweizen, 5 244 000 Winterroggen, 196 100 Klee, 21 500 Luzerne und 2800 Winterspelz umgepflügt worden. Was vom Wintergetreide stehen geblieben ist, ist meist dürrig und verspricht gerade in den am meisten von der Auswinterung betroffenen Bezirken eine schlechte Ernte. Das Sommergetreide vermag für die umgepflügte Winterung nur in sehr bescheidenem Maße Ersatz zu leisten. Es kommt in Deutschland überhaupt nur wenig in Betracht, zumal was das Brotkorn betrifft. Im Jahre 1900 wurden im Reich im ganzen nur 236 480 Tonnen an Sommerweizen und 147 403 an Sommerroggen geerntet.

In Preußen stellt sich die umgepflügte Fläche beim Winterweizen auf 46,9 und beim Winterroggen auf 11,3 Prozent. Dagegen hat man — bei verhältnismäßig kleinem Schaden am Winterroggen — vom Winterweizen unter anderm in Mecklenburg-Schwerin 94,6 (Roggen 4,5); in Oldenburg 90,4 (1,1); in Mecklenburg-Strelitz 90,0; in Anhalt 82,8 (1,0); im Königreich Sachsen 78,5 (1,3); in Braunschweig 68,4 (1,9) Prozent umpflügen müssen. Im Reichsland andererseits

nur 0,3 (Roggen 0,5); in Baden 2,8 (0,2); in Bayern 8,0 (0,6); in Württemberg 8,0 (0,5). Das Großherzogtum Hessen freilich kommt auf 45,1 Prozent beim Weizen, neben nur 1,7 Prozent beim Roggen. Man sieht, daß namentlich im nichtpreussischen Deutschland immerhin weite Gebiete nicht allzuschwer betroffen sein werden, wenigstens soweit es sich um Brotgetreide handelt. Dagegen muß in den meisten preussischen Provinzen ein um so schwererer Notstand erwartet werden, und zwar namentlich in den Ostprovinzen, die ohnedies am lautesten über den chronischen Notstand klagen. Am übelsten daran ist der Regierungsbezirk Marienwerder, wo 88,5 Prozent des Winterweizens, 60,7 Prozent des Winterroggens und außerdem 52,5 Prozent vom Klee und 42,6 von der Luzerne umgepflügt sind. Im Jahre 1900 erntete der Bezirk 104614 Tonnen Weizen und 359111 Tonnen Roggen. Man kann sich danach ein annäherndes Bild von dem zu erwartenden Ernte- und Einnahmeausfall machen. Im Bezirk Danzig sind 1901 umgepflügt 74,0 Prozent Weizen und 11,6 Prozent Roggen (Ernte 1900: 56855 und 117250 Tonnen). Sehr viel besser dagegen ist das benachbarte Ostpreußen weggekommen. Im Bezirk Königsberg, wo 1900 rund 96700 Tonnen Weizen und 400000 Roggen geerntet wurden, sind 1901 vom Weizen 6,3 Prozent und vom Roggen 12,9 Prozent ausgewintert; im Bezirk Gumbinnen (Ernte 1900: 55000 und 262700 Tonnen) gar nur vom Weizen wie vom Roggen 0,1 Prozent. Über die Lage in den übrigen Ostprovinzen einschließlich Sachsen giebt folgende Übersicht Auskunft.

	1901 umgepflügt		1900 geerntet			1901 umgepflügt		1900 geerntet	
	Prozent der Fläche		Tonnen			Prozent der Fläche		Tonnen	
	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen		Weizen	Roggen	Weizen	Roggen
Potsdam	75,5	5,1	65 500	435 600	Breslau	55,7	4,1	152 400	210 300
Frankfurt	68,5	10,4	57 900	376 400	Regnitz	55,8	7,6	79 800	196 000
Stettin	78,4	10,1	67 500	277 300	Oppeln	8,3	0,3	98 000	215 500
Köslin	29,1	8,9	22 400	283 500	Magdeburg	64,3	3,2	180 900	197 900
Straßund	66,8	1,0	57 000	86 000	Merseburg	64,2	1,4	186 600	229 300
Posen	75,2	14,6	93 200	429 400	Erfurt	19,0	0,8	42 500	45 600
Bromberg	70,4	46,1	60 300	274 900					

Von den hannoverschen Bezirken ist Aurich mit 75,9 Prozent ausgepflügtem Weizen und 3,9 Prozent Roggen am übelsten dran, am besten Osnabrück mit 6,3 und 0,8 Prozent. Stade weist 64,2 und 3,2 auf; Lüneburg 57,2 und 3,8; Hannover 48,4 und 1,9; Hildesheim 45,0 und 1,0. Hessen-Rassau hat im Bezirk Kassel 25,9 und 1,3 Prozent; im Bezirk Wiesbaden 25,2 und 1,0 Prozent umgepflügt. Im Jahre 1900 erntete Kassel 95900 und 143572 Tonnen; Wiesbaden 32500 und 71433 Tonnen. Auch in Hannover, mit Ausnahme von Hildesheim, überwiegt der Roggenbau bei weitem: Hannover 40700 Tonnen Weizen, 147700 Roggen; Hildesheim 108500 und 78600; Lüneburg 15600 und 193300; Stade 24700 und 93800; Osnabrück 7900 und 188700; Aurich 11000 und 39300.

In Rheinland und Westfalen liegt die Sache wie folgt:

	1901 umgepflügt		1900 geerntet			1901 umgepflügt		1900 geerntet	
	Prozent der Fläche		Tonnen			Prozent der Fläche		Tonnen	
	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen		Weizen	Roggen	Weizen	Roggen
Münster	4,2	1,0	48 200	148 700	Düsseldorf	9,1	1,8	59 900	140 000
Minden	19,1	2,2	43 300	118 600	Köln	15,7	2,1	40 500	77 300
Arensberg	28,4	0,8	51 000	94 700	Trier	1,4	0,3	14 200	81 100
Koblenz	19,2	0,7	13 600	68 800	Aachen	10,5	4,2	29 600	70 900

Bemerkt sei dazu, daß im Rheinland verhältnismäßig viel Sommerweizen, der nicht umgepflügt ist, gebaut wird (Ernte 1900: 31400 Tonnen), was übrigens in Preußen auch noch für die Provinzen Sachsen (37000 Tonnen) und Schlesien (31000 Tonnen) zutrifft.

Der Notstand trifft also besonders schwer den Osten. Es sind das die Provinzen, in denen die Rittergüter und die Großbauern bei weitem über die Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche inne haben. Die Inhaber dieser Betriebe werden sonach wohl die Hauptnotleidenden sein, was dem Notstand und der Notstandshilfe einen besondern Charakter verleiht. Geholfen muß werden, schnell, mit großen Krediten und zu den liberalsten Bedingungen. Mag immerhin der landwirtschaftliche Unternehmer jetzt wie früher mit solchen, durch unvorhergesehene Naturereignisse herbeigeführten Mißjahren zu rechnen verpflichtet sein, hier liegt ein wirklicher Notstand vor, der durch den privatwirtschaftlichen Ruin zahlreicher, politisch wie sozial sehr wertvoller Elemente das Gesamtwohl ernstlich bedroht, und seine gemeinschädlichen Folgen müssen abgewandt werden, und können nur vom Staat durch Geldopfer abgewandt werden. Wir wollen hier auf die Formen, in denen die Hilfe gewährt werden muß, und auf die Klauteln gegen Ungerechtigkeiten dabei, die nie ganz vermieden werden können, nicht näher eingehn. Nur auf eine Gefahr, die dabei besonders wird bekämpft werden müssen, müssen wir noch hinweisen. Nach allem, was wir, wieder namentlich in Preußen, in den letzten Jahren erlebt haben, wird die parteiagrarische Agitation natürlich die so überaus günstige Gelegenheit nicht unbenuzt lassen, die Not und die Sorge, die die Landwirte als Folge des bösen Nachwinters danieder drückt, nach Möglichkeit in Verbitterung und Haß gegen die Berufsstände umzubilden, die nicht in ähnlicher Notlage sind, und die Unzufriedenheit mit der bisherigen Wirtschaftspolitik und ihren verantwortlichen Vertretern, so beispiellos weit sie auch den agrarischen Ansprüchen seit Jahren entgegengekommen sind, noch mehr, als das leider schon geschehn ist, zu steigern. Schon wird der Versuch gemacht, den Landwirten den drohenden Notstand als durch die angeblich unzureichende Höhe der Agrarzölle erhöht und verschärft darzustellen. Dadurch, so sagt man, würden niedrige Getreidepreise mit der Mißernte zusammentreffen, während der Staat durch hohe Zölle dafür sorgen müßte, daß bei Mißernten wie in alter Zeit auch entsprechend hohe Preise eintreten. Bei der Korruption der nationalökonomischen, sozialen und moralischen Anschauungen, die im politischen Leben eingerissen ist, werden die Agrardemagogen auch mit diesem Unsinn nicht nur bei den notleidenden Landwirten, sondern wahrscheinlich sogar in Kreisen Eindruck machen, die berufen sind, das Wohl aller Bevölkerungsteile gleichmäßig zu wahren. Wir können es erleben, daß die Mißernte von 1901 mit der dadurch verursachten starken Mehreinfuhr ausländischen Brotkorns als wirksamer Trumpf für die Erhöhung der Getreidezölle ausgespielt wird, obwohl jeder logisch und billig denkende Politiker gerade angesichts solcher Mißernten die heutige Internationalität der Brotversorgung als einen Segen anerkennen muß gegenüber dem Glend, das früher solche Notjahre über die Nationen brachten. Sollte, was die Agrarier verlangen, die Mißernte, die bevorsteht, die in der „guten alten Zeit“ üblichen Notstandspreise zur Folge haben, so wird die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung um so mehr dem dann wirklich vorliegenden Brotwucher ein Ende zu machen berechtigt und imstande sein, als sie offenbar einem Rückgang ihres eignen Erwerbs gegenübersteht. Kommen jetzt Notstandspreise, die dem Auswintern des Brotgetreides entsprechen, dann mögen die Herren Agrarier für immer die Hoffnung auf höhere Zölle fahren lassen, dann wird ihre bis zur Karikatur gesteigerte Selbstgefälligkeit, Herrschsucht und Begehrlichkeit noch vor dem Ablauf der Caprivischen Handelsverträge jämmerlich zu Schanden werden.

ß

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilt. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig